

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1919

3.11.1919 (No. 305)

Zeugpreis:
in Karlsruhe frei ins Haus
geliefert monatlich 1,90 Mk.
vierteljährlich 5,70 Mk., an
den Ausgabellen abgeholt
monatlich 1,80 Mk.
Auswärts am Postlocher
abgeholt 5,40 Mk. Viertel-
jährlich, durch den Brief-
träger frei ins Haus ge-
bracht 6,45 Mk.
Einsammler zu 10.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung

Mit der Wochenschrift
„Die Pyramide“

Badische Morgenpost

Anzeigen:
die Agel. Nonpareil-Gesell-
schaft oder deren Stamm 30 Bfa.
Beflagszeit 1,25 Bfa. an
erster Stelle 1,50 Bfa.
Auf diese Preise
80% Zenerungszulag.
Platz nach 2. Aufl.
Anzeigen-Nachnahme
bis 12 Uhr mittags.
kleinere Anzeigen halbes
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechnummer:
Geschäftsstelle Nr. 203.
Verlag Nr. 297.
Schriftleitung Nr. 20n. 894

Chefredakteur: Gustav Heppert; verantwortlich für Inhalt: Martin Solinger; für Baden, Vofales und
Druck und Verlag: C. K. Müllerische Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. — Wertener
Mannfröte oder Trudfäden übernimmt die Redaktion keine Verantwortuna. Bildfendung erlaubt, wenn Vorbe befaht ist.

116. Jahrg.

Montag, den 3. November 1919

Nr. 305.

Die Personenverlehrsperre.

5. Von unserer Berliner Redaktion wird uns
schrieben:
Der Beschluß der Reichsregierung, auf kurze
Zeit den Personenverkehr auf den deutschen
Eisenbahnen ganz aufzuheben und das gesamte
zur Verfügung stehende Betriebsmaterial für
die Beförderung notwendiger Güter, vor allem
Kohlen und Kartoffeln, verfügbar zu machen,
ist unbedingt anzuerkennen. Er kommt nur
rechtzeitig spät. Gerade an dieser Stelle ist die
Notwendigkeit einer solch radikalen Maßnahme
bereits vor Wochen verschiedentlich worden.

Jetzt hat in vielen Gegenden Deutschlands
bereits der Frost eingesetzt, was für den Kar-
stofftransport bedenklich ist. Trotzdem ver-
sprechen wir uns auch jetzt noch von der Maß-
nahme großen Nutzen, allerdings unter der Vor-
aussetzung, daß alle nachgeordneten Stellen nun
auch wirklich die Gelegenheit völlig ausnützen,
um die Verstopfung der Bahnhöfe zu beheben
und der herrschenden Korruption gründlich en-
gegenzutreten.

Der legitime Handel wird gewiß unter der
Einschränkung leiden, aber er muß es doch
bezahlen, daß durch stärkere Kontrolle des Güter-
verkehrs die Schäden, die durch das Schieber-
wesen erwachsen, wenigstens zum Teil be-
seitigt werden können.

Sehr böse werden in der Sperrzeit die Post
und vor allem auch die telephonischen Verhält-
nisse werden, zumal das einsetzende Winter-
wetter die so wie so schon schadhaft gewordenen
Leitungen noch weiter stören wird. Aber es
muß alles ertragen werden, um die Kohlen- und
Kartoffelversorgung der Bevölkerung zu sichern,
von der die innere Ruhe und Ordnung wesent-
lich abhängen.

Eine neue Krise in München.

(Drahtmeldung unseres Münchener Korrespondenten.)
fr. München, 2. Nov. Eine merkwürdige Krise ist
in Bayern heraufbeschworen worden. Sie kann unter
unseren Augen große Tragweite erlangen. Der mehr-
heitssozialistische Minister des Innern, Endres,
keines Zeichens Anwerdung, sonst Gewerkschafts-
kommandant in Würzburg, hat dem bayerischen Landes-
kommandanten Generalmajor von Müll, der bei dem
in Bayern herrschenden Kriegszustand die letzte
Verantwortung für die Aufrechterhaltung der staat-
lichen Ordnung hat, eine Reihe von Maßnahmen
vorgeschlagen, die neuen Erschütterungen an den Re-
publikansgedankens vorzubeugen sollten. Ein Ein-
vernehmen mit dem Reichspräsidenten und dem Ver-
treter des mittelmäßig parteipolitischen Arbeiters
bayerischen Ministers Endres wurden die vorgeschla-
genen Maßnahmen vollständig dem Landeskomman-
danten als öffentliche Anordnung herausgegeben. Sie
erhielten vom Standpunkt des Ministers des Innern
um so notwendiger, als der eben erfolgte Lebertritt
der bayerischen U. S. R. zur kommunistischen 3. In-
ternationale und die drohende Galtung der Metall-
arbeiter, sowie eines Teiles der von nordwestlich
Wälfen vertriebenen Eisenbahner ernstliche
entretendsten Stimmung der bayerischen Bevölkerung
werden die Rufe immer lauter unter-
stützen, sondern, aber sie können sich sehr gefähr-
lich auswirken. Die Presse der U. S. R. nach ein-
m einmütigen unter Anwendung von geradezu un-
heimlichen Schimpfwörtern einen Feldzug gegen die von
dem Minister des Innern ausgedehnten, mit der In-
ternationale verbundenen bayerischen Landes-
kommandanten herabwürdigenden Schimpfwörter
erschickte. Die breite Masse des Volkes hat sich bis-
her aus ihrer Unbedeutendheit nicht aufzuheben
lassen. Die unermüdete Arbeit kann aber bis
zum eigentlichen Gedächtnisse der russischen und
bayerischen Revolution am 7. November ihre Folgen
zeigen. Mit der Pressefrage hat sich schon am 31. Ok-
tober ein Ministerialbescheidigt. Tugend eine Ein-
igung ist nicht erzielt worden. Die Regierungssozia-
listen schickten sich nun dem gegen den Landeskom-
mandanten gerichteten Sturm an. Man ist neu-
gierig, wie sich der mehrheitssozialistische Minister
Endres aus der Sache ziehen wird. Bis jetzt ist der
mit dem auskündigen Regierungsbehörden getroffenen
Beschlusses, vor allem auch die bürgerliche Presse vertre-
tende Zeitungspresse, haben ihm schon ein „Angebot,
gehörig zurück zu weisen. Am 2. November findet ein
großer Staatsrat statt, in dem weiter über die von
dem mehrheitssozialistischen Presse hervorgerufenen
zwei Möglichkeiten: entweder die Regierung Hoff-
mann best das Kriegszustandgesetz auf oder der

Reichswehrminister ändert die Verfügung des Reichs-
wehrtruppenkommandos. Sollte der letzte Weg nicht
beschränkt werden und für die erste Lösung, wie
zu vermuten, im Ministerialrat eine Mehrheit zu ge-
winnen sein, so dürfte der U. S. R. nahegelegene
Ministerpräsident Hoffmann zurücktreten.

Die Revolutionsfeier.

(Drahtmeldung unseres Münchener Korrespondenten.)
fr. München, 3. Nov. In dem am Sonntag ab-
gehaltenen Ministerrat wurde unumwunden
zugelassen, daß das von der sozialdemokratischen
Presse so leidenschaftlich bekämpfte vom Landeskom-
mandanten erlassene Verbot, an anderen Tagen als
am 9. November Revolutionsfeiern abzu-
halten, von dem mehrheitssozialistischen Minister
des Innern Endres es ausgegangen ist. Der Mi-
nister hat erklärt, daß die in vollem Einver-
ständnis mit dem Minister des Innern vom Landes-
kommandanten erlassene Verfügung vom 28. Ok-
tober sei von der Leberzeugung ausgegangen, daß
die derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen Verhält-
nisse des Landes keine Förderung verdienen, und daß
im Interesse des Aufbaues unseres Wirtschaftsle-
bens kein Arbeitstag ungenutzt vorübergehen darf.
Unter Wahrung dieses Standpunktes, der nur das
Wohl der gesamten Bevölkerung im Auge hat und
mit Rücksicht darauf, daß nach zahlreich eintreffen-
den Mitteilungen aus ganz Bayern von den politi-
schen Parteien nicht verpflichtende Vorbereitungen
bereits getroffen sind, wird verfügt: 1. Der Ab-
schluß der Feiern hat am 9. November oder an an-
deren Tagen spätestens mit Eintritt der im ganzen
Land geltenden Polizeistunde um 10 Uhr zu er-
folgen. 2. Von dem schon bisher bestehenden Verbot
von Versammlungen unter freiem Himmel und De-
monstrationen wird nicht abgegangen. 3. Die
Versammlungsgenehmigung ist von den einschlägigen
militärischen Stellen einzufordern.

Die sozialdemokratische Presse hat es also doch
durchgesehen, daß an beliebigen Tagen in Bayern
Revolutionsfeiern stattfinden können, nachdem in
München die Revolution schon am 7. November, als
dem Jahrestag der russischen Revolution, von Eis-
ner gemacht wurde. Gegen den mehrheitssozialisti-
schen Minister des Innern Endres besteht eine solche
Erschütterung in seiner eigenen Partei, daß mit
seinem Rücktritt zu rechnen ist. Jetzt haben die Be-
hörden ein Reihe von kritischen Tagen vor sich und
haben deshalb die Münchener Einwohnerwehr an
Stelle der in Bayern verbreitet verbleibenden
Schutzmannschaft für die Zeit vom 7. bis 11. Novem-
ber zum Sicherheitsdienst ausgerufen.

Eine Rede Schiffers.

(Eigener Drahtbericht.)
h. Magdeburg, 3. Nov. Reichsjustizminister Schif-
fer sprach gestern abend in der Deutschen Demokra-
tischen Partei in Magdeburg über Friedens-
schluß und Stellung der Deutschen Demokra-
tischen Partei zur Regierung.
Die Partei habe keinerlei Veranlassung, sich an der
Feier des 9. November zu beteiligen, da dieser un-
verkennbar mit dem furchtbaren Niederbruch im Volke
und im Meer verbunden sei. Die Revolution sei nicht
der Sieg einer Partei, sondern eine Folge des Zu-
kamenstrubs des alten Regimes. Die Monarchie
sei weggefallen worden wie ein Hindernis. Eine
angenehme Erinnerung habe damals das Bürgerrecht
und den Reichstag erwacht. Die alte Sozialdemokra-
tische Partei habe die Revolution nicht nur nicht ge-
willt, sondern sei von ihr überfordert worden. Es
werde aber ihr Verdienst bleiben, daß sie die Leitung
der Geschichte in die Hände genommen und uns vor
dem Schlimmsten bewahrt hat. Deshalb sei die Mit-
arbeit der Sozialdemokratie auf lange Zeit nicht zu
entbehren, jedoch hätte auch sie nichts leisten können,
wenn sich nicht deutsche Beamte und Offiziere ihr zur
Verfügung gestellt hätten. Das werde deren un-
vergänglichster Ruhmestitel bleiben. Die Sozialdemokra-
tische Partei verfolge aber noch nicht über die geeig-
neten Verhältnissen, um allein die Leitung des
Reiches übernehmen zu können. Im Interesse des
Vaterlandes trat die Deutsche Demokratische Partei
in die Koalitionsregierung ein, obwohl sie sich be-
wußt war, daß damit mancherlei Verzicht verbunden
war. Als die schwere Entscheidung über die Unter-
zeichnung oder Nichtunterzeichnung des Friedensver-
trages kam, traten wir aus der Regierung aus, weil
wir nicht unterzeichnen konnten; wir geliehen aber
den Unterzeichnern den guten Glauben zu, den wir
aber auch für uns verlangen.

Die Franzosen wollen im Rheinland bleiben.

(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 2. Nov. (Wolff.) In einer Unterredung
mit dem Reichskommissar des Reichs für die Rhein-
gebiete Tirard, er sei nicht der Ansicht, daß
mit Inkrafttreten des Friedensvertrages die ge-
samte Verwaltung des besetzten Gebietes in die
Hände der Deutschen übertrage. Er stelle sich
deshalb die Frage, ob mit dem Inkrafttreten des
Friedensvertrages die französische Kontrolle
offiziell verschwinden soll. Auch die wirtschaftlichen
Sektionen, die die französischen Offiziere abildet
hätten, sollen beibehalten werden.

Gegen die Schieber im besetzten Gebiet.

(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 3. Nov. Unter dem Einbrüche des ener-
gischen Einwirkens der amerikanischen Behörden,
die gegenüber dem Schieber- und Wucherer mehr
Entschlossenheit beweisen als die hiesige Verwaltung,
hat eine fluchtartige Abreise der die hiesigen
Hotels und Kaffeehäuser beherrschenden Schie-
ber einsetzt. Bei der Abreise der Schieber
waren auch Berliner Kriminalpolizisten beteiligt.
In dem Laer eines Einsteins der Verhafteten wur-

arbeiten will, der braucht auch nicht unterstützt
zu werden. Wir sprachen auch über die Arbeiter-
und Soldatenräte und das Betriebs-
rätegesetz. Es besteht Aussicht, daß in dem
letzteren eine Einigung möglich sein wird. Bedauer-
lich ist, daß die Presse die Rede des Reichsanalogs
nicht ohne Kritik mitteilt hat; er hat nämlich nicht
erlaubt, daß das Gesetz im wesentlichen unverändert
geblieben sei, sondern daß er den Eindruck habe, man
werde sich über das Gesetz ginnen und den Grund-
charakter wahren.

Schiffer wandte sich in besonders scharfen Worten
gegen die Unabständigkeit und die Deutsch-
nationalen, namentlich aber auch gegen die
Deutsche Volkspartei. Diese habe den
Kraus nach einer Einigung des deutschen Liberalis-
mus erklärt. Wir wollen aus der Verwirrung
heraus ein Rechtsstaat werden. Alle Kräfte müssen
freigeachtet werden. Das Recht am Leben liegt nicht
im Geldverehr, das Volk muß auch Ideale haben.
Deutschland braucht eine neue Kultur. Wir fühlen
uns dazu berufen, an der Schaffung dieser neuen
Kultur mitzuarbeiten. Die Gegenwart ist schwer
und trübe, die Zukunft dunkel. Doch man führt
bereits einen Kräftigen. Recht, Ordnung, Pflicht
und Arbeit sind wieder auf dem Wege. Nur nicht
die Schuld verheeren, wir sind uns bemüht, daß die
große Not auch große Gaben zeitigen wird. Sicher
wird ein Ausweg gefunden werden. Die Rede Schif-
fers wurde oft von stürmischem Beifall unterbrochen.

Eine demokratische Woche.

(Eigener Drahtbericht.)
h. Berlin, 3. Nov. Die Deutsche Demokratische
Partei hat sich zur Einrichtung einer demokratischen
Woche vom 13. bis 20. November entschlossen. Die
parlamentarischen Vertreter werden hauptsächlich in
ihren Wahlkreisen Versammlungen abhalten und
die Parteiorganisationen demokratische Lehr-
kurse veranstalten.

Vor dem Friedenszustand.

Behrmanns Politik.

(Eigener Drahtbericht.)
h. Kopenhagen, 3. Nov. Die führende dänische
Zeitung „Politiken“ gibt längere Kommentare
über die Vernehmung Behrmanns Hall-
was vor dem Untersuchungsgericht. Sie kritisiert
an die Worte Behrmanns an, daß er kein Bismarck
weisen wäre und unterreicht die Aukeruna.
Bismarck habe eben auch über Aukeruna der Gene-
rale erklärt, aber wenn es sich um politische Ange-
handeln, die Deutschlands Stellung an den Neu-
tralen vor dem Friedensschluß beeinflussten, so
habe er die Entscheidung seit in die Hand genommen
und sich jede militärische Einmischung absolut fern-
gehalten. Behrmann soll wohl richtiger
seine Mängel in der Politik liegen jetzt so klar au-
toren, daß ein weiteres Verhör überflüssig werde.
Das Blatt ist der Ansicht, daß Behrmann, als er die
militärischen Einflüsse nicht befehlen konnte, sein
Amt hätte verlassen müssen.

Die Hauptfragen der Entente.

(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 1. Nov. (Wolff.) Der Ministerrat be-
schloß sich wiederum mit den Maßnahmen, um
den Friedensvertrag von Versailles in Kraft
zu setzen. An Unannehmlichkeit des Marschalls Rod
ist beschlossen worden, durch eine Note die
deutsche Regierung auszufordern, in kürzer
Zeit Delegierte nach Paris zu entsenden.
Die gemeinsam mit den Vertretern der alliierten
Mächte und des interalliierten Generalstabes die ein-
zelnen Maßnahmen beraten sollen, die sofort
nach Inkrafttreten des Friedensvertrages von Ver-
sailles getroffen werden müssen, laut „Temps“
hauptsächlich wegen Rumina und Westkuna
der abzutretenden Gebiete und der Tä-
tiigkeit der interalliierten Kommit-
täten. Auch müsse die deutsche Regierung vor
Inkrafttreten des Friedensvertrages ein Proto-
koll unterzeichnen mit der Entente, daß die noch
nicht völlig erfüllten Waffenstillstandsbedingungen
erfüllt werden müssen. Nach dem „Temps“ ist es
unmöglich, die Hoffnungsursachen am 11. No-
vember auszusprechen.

Der Wirtschaftsverkehr mit Deutschland.

(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 2. Nov. (Wolff.) Eine halbamtliche
Note hebt hervor, daß die Einfuhren aus
Deutschland von einer besonderen Ermäch-
tigung durch das Ministerium für den wirtschaftlichen
Wiederanbau abhängen seien. Aus den besetzten
Rheinländern bedürfen nur Holz, Koks, Zement,
Eisen, Stahl, Rohstoffe und Vielele eine Ein-
fuhrermächtigung. Außerdem seien Briefe und Pse-
ramme gestattet und die Wiederanbau geschäft-
licher Verbindungen mit dem Feinde straflos.

Die Amerikaner wollen im Rheinland bleiben.

(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 2. Nov. (Wolff.) In einer Unterredung
mit dem Reichskommissar des Reichs für die Rhein-
gebiete Tirard, er sei nicht der Ansicht, daß
mit Inkrafttreten des Friedensvertrages die ge-
samte Verwaltung des besetzten Gebietes in die
Hände der Deutschen übertrage. Er stelle sich
deshalb die Frage, ob mit dem Inkrafttreten des
Friedensvertrages die französische Kontrolle
offiziell verschwinden soll. Auch die wirtschaftlichen
Sektionen, die die französischen Offiziere abildet
hätten, sollen beibehalten werden.

Gegen die Schieber im besetzten Gebiet.

(Eigener Drahtbericht.)
Paris, 3. Nov. Unter dem Einbrüche des ener-
gischen Einwirkens der amerikanischen Behörden,
die gegenüber dem Schieber- und Wucherer mehr
Entschlossenheit beweisen als die hiesige Verwaltung,
hat eine fluchtartige Abreise der die hiesigen
Hotels und Kaffeehäuser beherrschenden Schie-
ber einsetzt. Bei der Abreise der Schieber
waren auch Berliner Kriminalpolizisten beteiligt.
In dem Laer eines Einsteins der Verhafteten wur-

den allein für etwa 5 Millionen Mark verschobene
Waren, aumeist Schokolade und Zigaretten,
beschlaanahmt.

Unlohnender Handelsverkehr der Schweiz.

Bern, 3. Nov. (Wolff.) In schweizerischen
Handelskreisen wird darauf hingewiesen, daß viele
schweizerische Exporteure, die Waren
nach Rumänien, Serbien, der Tschecho-Slowakei,
Südbulwien und Polen gerannt haben, für ihre Liefe-
rungen weder Geld noch Waren an Zah-
lungsstatt erhielten. Die schweizerischen Ver-
sitzer und Ausfuhr werden bisher auf 30 Mil-
lionen Franken geschätzt. Es besteht die Ansicht, in
einer Konferenz von Handels- und Industriekreisen
zu erwägen, ob unter den gegenwärtigen unglücklichen
Verhältnissen der Warenverkehr nach diesen Län-
dern ergebnislos eingeleitet, wenn nicht ganz
eingestellt werden solle, oder ob Waren nur bei Vor-
auszahlung in Geld oder Kompensationswerten ge-
liebert werden sollen.

Der Achtstundentag in Holland.

Haag, 1. Nov. (Wolff.) Die Erste Kam-
mer hat einstimmig die Gesetzesvorlage, die einen
Arbeitsstag von 8 Stunden und eine Ar-
beitswoche von 45 Stunden vorsieht, ange-
nommen.

Die englische Regierung weicht zurück.

London, 2. Nov. (Wolff.) Westminster,
die festsetzen, daß die Trade-Union weder einen Streik
anordnen, noch den Mitgliedern Streik-
unterstützung gewähren darf, sind vom Arbeits-
ministerium nach Rücksprache mit den Führern der
Trade-Union zurückgegeben worden.

Die russische Bewegung.

London, 3. Nov. (Wolff.) In der Nacht zum
1. November ariff eine Schaar Bewaffneter,
die in einem Automobil herbeigeführt war, die Poli-
zeistation von Lisimullin in der Grafschaft
North (Irland) an. Einer der Beamten, die die
Station verteidigten, wurde getötet. Auch die
Polizeistation Ballinmore wurde in derselben
Nacht überfallen, wobei ebenfalls ein Polizei-
beamter erschossen wurde. Die Anzeiger
sind in beiden Fällen entkommen.

Die Kämpfe im Osten.

Stettin, 2. Nov. (Wolff.) An der Peters-
burger Front hat die Nordwestarmee mel-
lich von Krasnoje Selo Nordwärts gemacht. Die
einzigste Armee besetzte die Bahnstation Marien-
hausen und machte 200 Gefangene. An der far-
tischen Front nahm die Gendarmenarmee zu. Der
Chef der britischen Militärmission, General March,
reist nach Bißlitz zu Beratungen mit dem Chef der
enallischen Flotte, Admiral Cohan. Er wird
nach Stettin nicht zurückkehren. Dem am Chef
der Entente mission in Finland ernannten General
Nichel wurde der Chef der enallischen Abteilung,
General Turner, unterstellt. Am Saba Aude-
nisch wurde der enallische General Dawkins kom-
mandiert. Die Abschna des enallischen
Generals und die Unteroffiziere der enallischen
Mission unter den französischen Chef ist auf
Meinungsverschiedenheiten Enlands und Frank-
reichs in der baltischen Politik zurückzuführen,
woraus hier abfoliert wird, daß die Kandidaten-
politik eine Veränderung im russischen Sinne erfahren
wird.

Die russischen Staatspapiere.

Berlin, 2. Nov. (Wolff.) Nachdem die deutsche
Regierung auf Grund des Friedensvertrages auf alle
Rechte aus dem West-Witowfer Vertrag
und seinen Folgeverträgen hat verzichten müssen,
bleibt, wie wir hören, die durch die Befreiung
des Reichsanalogs vom 8. März 1918 angeordnete
Abstempelung russischer Staatspa-
piere und mit Garantie des russischen Staates
belegener Wertpapiere noch insofern von Bedeu-
tung, als sie noch immer die Voraussetzung für die
Lieferbarkeit der Stücke an deutschen Börsen bleibt.
Die Einlösung von Staatspapieren und verlosenen
Stücken dieser Papiere kann aber in Zukunft grund-
sätzlich nicht mehr stattfinden.

Explosion auf einem japanischen Panzerschiff.

Amsterdam, 2. Nov. (Wolff.) Laut „Telegraaf“
wird aus Tokio gemeldet, daß am Mittwoch auf einem
japanischen Panzerschiff sich eine Ex-
plosion ereignete. Ein Offizier und zwölf Mann
wurden getötet, mehrere schwer verwundet.

Internationale Arbeiterkonferenz.

Amsterdam, 1. Nov. Laut Radio ist der ameri-
kanische Arbeitersekretär William um Vorhaben,
den der internationalen Arbeiterkonferenz gewählt
worden. Am sändigen Generalsekretär wurde der
Engländer Butler ernannt.

Die amerikanische Bergarbeiterbewegung.

Amsterdam, 2. Nov. (Wolff.) Neuens nach dem
Dag“ veröffentlicht eine Depesche aus Indianapolis,
nach der 44 Führer der Bergarbeiter unter
Anföhrung gestellt wurden.

Louisville, 2. Nov. (Wolff.)

Ein Bataillon er-
hielt den Befehl, sich in die Veramerksgebiete von
Westvirginien und Indianapolis zu be-
geben. Eine abends erlassene Anordnung der Streik-
leitung abietet den Bergarbeitergewerkschaften, um
Witternacht in den Ausstand zu treten.

Amsterdam, 2. Nov. (Wolff.)

Laut „Telegraaf“
wird aus Washington berichtet, daß die Bundes-
regierung die Staaten der Union ermahnt habe, Berg-
arbeiterausstände als ungesetzlich zu
bezeichnen. Infolge dieses Verbotes haben in
Indiana und Kentucky die Bergarbeiter bei ver-
schiedenen Gesellschaften auf den Ausstand ver-
sichert. Anhebend beginnen sie das Vertrauen
in die Leitung zu verlieren.

Präsident Wilson hat einen Kohlenhöchstpreis festgelegt...

Die Zahl der Streikenden.

Chicago, 2. Nov. (Dabas.) Die Gewerkschaftsführer bestätigen...

Aufflandsbewegung in Aegypten.

Amsterd., 2. Nov. (Wolff.) Laut „Telegraaf“ melden die „Times“ aus Kairo vom 30. Oktober...

Die deutsche Republik.

Gründung des Vereins höherer Kommunalbeamten Deutschlands.

Unter Teilnahme von ungefähr hundert Oberbürgermeistern, höheren Baudeputen u. dal. hat in Weimar die seit mehr denn einem Jahre vorbereitete und durch einen Ausdrück organisierte Gründung des Vereins höherer Kommunalbeamten Deutschlands stattgefunden...

Aus dem sächsischen Staatsvoranschlag.

(Von unserem Dresdener Korrespondenten.) Dresden, 2. Nov. Ein völlig verändertes Bild gegen früher zeigt der vom Reichstag vorgelegte sächsische Staatshaushalt...

Eine sächsische Polizeihilfsgruppe.

(Drahtbericht unseres Dresdener Korrespondenten.) Dresden, 2. Nov. Die sächsische Volkstammer ist bereit, zehn Millionen Mark für eine zu bildende Polizeihilfsgruppe zu bewilligen...

Erfreuliche Kunde aus Sachsen.

(Drahtmeldung unseres Dresdener Korrespondenten.) Dresden, 2. Nov. In den sächsischen Industriebezirken macht sich steigende Arbeitslosigkeit...

Ein neuer Nord in der Pfalz.

Am Oktober haben die Franzosen in der Pfalz nicht weniger als drei Verloren ohne jede Veranlassung erlitten...

Die Matrosenrevolte und ihre Ursachen.

(Zu ihrem Jahrestag am 3. November.) Ein Bild aus der deutschen Marine. Von Obermatrose D. S. Fr. Fr. Fr. Karlsruhe. (Nachdruck verboten.) II. An Bord. Der Binnenländer macht sich in der Regel falsche Vorstellungen vom Dienst an Bord...

Näherin Graf in Wensler und am Diensta wurde in Kaiserlautern der 27 Jahre alte Kaufmann Richard Noebis von französischen Soldaten erschossen...

Graf Arco.

Die Voruntersuchung gegen den Grafen Arco, der am 21. Februar den damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner erschoss, wurde abgeschlossen...

Letzte Nachrichten.

Das Befinden Haafes.

Berlin, 3. Nov. Der Zustand des Wg. Haafes, hat sich im Laufe des heutigen Sonntages etwas gebessert...

Schwere Erkrankung des Kardinals Hartmann.

Rlin, 3. Nov. Kardinal Hartmann ist seit einigen Tagen an Gehirnneuralgie erkrankt. Da eine Verkomplizierung hinzugekommen ist...

Beilegung des Auslands im besetzten Gebiet.

Kagen, 2. Nov. (Dabas.) Der Streik der Metallarbeiter, Bergleute und Eisenbahner der 4. Zone wurde auf Grund von Unterhandlungen der Verwaltungsbehörde mit den Arbeitgebervertretern beigelegt...

Ein Eisenbahnunglück bei Kopenhagen.

Kopenhagen, 2. Nov. (Wolff.) Gestern abend fuhr der Schnellzug aus Kopenhagen nach Kopenhagen bei Bierstedt in den Wag aus Kopenhagen ein...

Die Verhältnisse bei Kopenhagen.

Über die Verhältnisse bei Kopenhagen wird nachfolgendes mitgeteilt: Aus dem Raue von Kopenhagen, der gegen 9 Uhr abends in Kopenhagen eintraf, fiel bei ihm ein Kind aus einem Abteil...

Fürsorge für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte.

In der Neuverteilung des Gesetzes über die Fürsorge für Gemeinde- und Körperchaftsbeamte, die demnächst in Kraft treten wird, ist vorgesehen, daß die Empfänger von Ruhegehalt oder Pensionen vor dem 1. Januar 1919 mit Rücksicht auf den 1. Januar 1919 an, statt des ihnen durch Gesetz vom 4. September 1918 genehmigten Zulags von 10 Prozent einen solchen von 20 Prozent aus den Reserve der Rente erhalten sollen...

anhaltende und immer noch zunehmende Teuerung und die dadurch verursachte Notlage abzulassen auf diesen Zuschlag für den Lebensunterhalt angelegener Verpflegungsmittel...

Da kein Zweifel besteht, daß die im Entwurf vorgesehene Regelung die Billigung des Landtags finden wird, wurde der Verwaltungsrat der Fürsorgekasse ermächtigt, schon jetzt im Wege der Verfügung, den auf 20 Prozent erhöhten Zuschlag für das Jahr 1919 mit Wirkung vom 1. Januar 1919 an an die Verpflegungsmittel auszugeben...

Es soll auch kein Zweifel darüber gelassen werden, daß eine entsprechende Hilfe für die Notlage der Verpflegungsmittel aus den Reserve der Rente nicht verweigert werden kann...

Die Verhältnisse bei Kopenhagen.

Über die Verhältnisse bei Kopenhagen wird nachfolgendes mitgeteilt: Aus dem Raue von Kopenhagen, der gegen 9 Uhr abends in Kopenhagen eintraf, fiel bei ihm ein Kind aus einem Abteil...

Die Verhältnisse bei Kopenhagen.

Über die Verhältnisse bei Kopenhagen wird nachfolgendes mitgeteilt: Aus dem Raue von Kopenhagen, der gegen 9 Uhr abends in Kopenhagen eintraf, fiel bei ihm ein Kind aus einem Abteil...

Aus Baden.

Vollversammlung der Handelskammer Karlsruhe.

Vor Eintritt in die Tagesordnung heißt der Vorsitzende im Namen der Versammlung den als Ehrenmitglied berufenen Herrn Arthur Fuchs, in Firma S. Fuchs Söhne, in Karlsruhe herzlich willkommen, worauf dieser dankend erwidert...

Die Kammer befaßt sich dann mit einem von der Anwaltschaft vorgebrachten Wunsche, auf die heute geltenden Sätze der Gebührentabelle unter nicht ersatzfähigen Fällen von 50% zu gewähren...

vielmehr der Ansicht, daß dies in erster Linie dadurch zu erreichen ist, daß Industrie und Kaufleute selbst sich in den politischen Parteien zur Geltung bringen und in weit kürzerem Maße als bisher in den Parlamenten betreten sind...

Sobald beabsichtigt sich die Kammer mit inneren Organisationsfragen, besonders mit den Beziehungen der letzten Präsidialkonferenz des Badischen Industrie- und Handelsvereins wegen der Abänderung des Handelskammergesetzes...

Selbstlich nimmt die Kammer auf Grund von Anregungen, die von Geh. Oberbaurat Mehdorn ausgehen, mit Interesse Kenntnis von der Errichtung des neuen Polytechnischen Instituts in Karlsruhe...

Geibelberg, 2. Nov. Der Straßenbahnfahrpreis ist hier erstmals erhöht und für die ersten drei Quartale auf 35 Pfg. festgelegt worden...

Freiburg, 2. Nov. Ein ungenannt sein wollender Bürger hat der Stadt die Summe von 200 000 M. in Kriegsanleihe zur Verfügung gestellt...

Karlsruhe, 2. Nov. Der 55jährige Arbeiterführer Hildebrand, der seit 44 Jahren in den Badischen Eisenwerken beschäftigt ist...

Karlsruhe, 2. Nov. Der 55jährige Arbeiterführer Hildebrand, der seit 44 Jahren in den Badischen Eisenwerken beschäftigt ist...

Karlsruhe, 2. Nov. Der 55jährige Arbeiterführer Hildebrand, der seit 44 Jahren in den Badischen Eisenwerken beschäftigt ist...

Karlsruhe, 2. Nov. Der 55jährige Arbeiterführer Hildebrand, der seit 44 Jahren in den Badischen Eisenwerken beschäftigt ist...

Gedächtnisfeier für die Kriegsoffer.

Zu einer würdigen und eindrucksvollen Feier hatte man sich am Sonntag vormittag 112 Uhr auf dem Ehrenfriedhof versammelt, um derer zu gedenken, die fürs Vaterland gefallen sind...

Die Kammer befaßt sich dann mit einem von der Anwaltschaft vorgebrachten Wunsche, auf die heute geltenden Sätze der Gebührentabelle unter nicht ersatzfähigen Fällen von 50% zu gewähren...

Die Matrosenrevolte und ihre Ursachen.

(Zu ihrem Jahrestag am 3. November.) Ein Bild aus der deutschen Marine. Von Obermatrose D. S. Fr. Fr. Fr. Karlsruhe. (Nachdruck verboten.) II. An Bord. Der Binnenländer macht sich in der Regel falsche Vorstellungen vom Dienst an Bord...

